

projekt bauhaus Gestaltung als politisches Projekt

NIKOLAUS KUHNERT,
ANH-LINH NGO

Im Jahr 2019 jährt sich die Gründung des Bauhauses zum hundertsten Mal. Aus diesem Anlass wurde das *projekt bauhaus* – unter Mitwirkung von ARCH+ – von einer unabhängigen internationalen Gruppe von Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Disziplinen mit dem Ziel initiiert, in einem auf fünf Jahre angelegten Arbeitsprozess eine kritische Inventur der Bauhausideen vorzunehmen und den utopischen Überschuss des Bauhauses für die Gegenwart fruchtbar zu machen. In den fünf Jahren bis zum Jubiläum, von 2015 bis 2019, stellt *projekt bauhaus* jedes Jahr einen Kerngedanken des Bauhauses zur Diskussion und untersucht ihn auf seine Aktualität hinsichtlich der Fragestellungen und Problemlagen der Gegenwart.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen in den kommenden Jahren jeweils in einer ARCH+ Ausgabe zusammengefasst werden. Das nun vorliegende, von Philipp Oswald und Jan Bovelet konzipierte Heft basiert auf einer Folge von Veranstaltungen, die *projekt bauhaus* 2015 durchgeführt hat: die Auftaktveranstaltung im März in den Kunst-Werken, das Symposium und die Ausstellung im September im Haus der Kulturen der Welt in Berlin, und die Tagung in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut im Oktober in Peking. Die vorliegende ARCH+ Ausgabe schließt diesen Turnus von Veranstaltungen ab und versucht die Frage nach der gesellschaftlichen Handlungsmacht von Gestaltung zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen.

Eigentlich kann man die Frage, ob Gestaltung Gesellschaft verändern könne, nur mit einem grundsätzlichen Ja beantworten. Man denke nur an die jüngsten Produkte der IT-Branche wie Smartphones und Tablet-Computer, die im Look der Ulmer Schule auftreten und so Verbindungen herstellen, die sich ohne Verbiegungen bis zum Bauhaus zurückführen lassen. Aber welche Art von Gesellschaft wird durch diese Produkte avisiert, wenn schon das Design so offensichtlich an diese Traditionen anknüpft? Reinhold Martin greift zur Beantwortung dieser Frage auf die Vorlesung *Die Gesellschaft muss verteidigt werden* von Michel Foucault am Collège de France aus dem Jahre 1975/76 zurück, um zunächst zu zeigen, wie der Begriff von Gesellschaft im 17. Jahrhundert entstanden ist. Im zweiten Schritt arbeitet er heraus, wie „die praktische Transformation dessen, was man ‚Gesellschaft‘ zu nennen pflegt, in einen Garten, in dem ‚Humankapital‘ angebaut wird“, oder anders: wie die Verwandlung der Gesellschaft „zu einer Ansammlung von Kompetenzmaschinen“ vonstatten gegangen ist (S.178f.). Zur Ausstattung dieser „Kompetenzmaschinen“ (Foucault) gehören heute selbstredend Smartphones, Smartwatches und dergleichen mehr, mit denen das Individuum permanent mit sich selbst und mit anderen in Konkurrenz steht.

Aber was bedeutet dieser Regimewechsel von der Zivilgesellschaft zum biopolitischen „Garten“ für die Architektur und ihre öffentliche Wirkung?

Ausgangspunkt bleibt für Martin, wie er in der Diskussion zuspitzt, „dass Architektur Architektur ist [...] Mit den Worten der Kritischen Theorie bedeutet das, dass das Wesen der Architektur durch ihre Autonomie gesichert wird. Erst durch die Möglichkeit, sie als Kunst zu bezeichnen, wird Architektur zum Teil der Gesellschaft. Diese hält die Architektur nicht fern von der Gesellschaft, sondern bringt sie überhaupt erst in die Gesellschaft ein“ (S. 188).

In den 1960er- und 1970er-Jahren ist diese These mit Namen wie Aldo Rossi und Oswald Mathias Ungers sowie mit Bewegungen wie *La tendenza* und der Postmoderne verbunden (vgl. hierzu die Folge von ARCH+ Ausgaben, die von den 1970er-Jahren an bis in die Gegenwart sich mit Rossi auseinandersetzt, zuletzt ARCH+ 214 *Hardcore-Architektur*). Diese Architekten haben aber nicht die Architektur in die Gesellschaft eingebracht, sondern ganz im Gegenteil: Sie stehen für eine grenzenlose Flucht aus der Gesellschaft. Warum dies so ist, wird klarer, wenn wir fragen, welcher Gesellschaft sie sich zu entziehen versuchten – der Gesellschaft des sich abzeichnenden Neoliberalismus nämlich, den Martin mit den Worten von Foucault so eindringlich beschreibt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang nur auf die Kontroverse zwischen Manfredo Tafuri und Aldo Rossi um die Perspektiven einer neuen Stadttheorie, wie sie Pier Vittorio Aureli in seinem Beitrag untersucht (S. 42ff.). Während Tafuri den Begriff des Stadt-Territoriums einführt, um die neue stadtumgreifende und -umfassende Dimension des aufkommenden Neo-Liberalismus zu fassen (vgl. hierzu ARCH+ 205 *Service-Architekturen*), verweigert sich Rossi jeder Art von Auseinandersetzung mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen. Mehr noch: Sie werden als „neue kapitalistische Form des Städtebaus“ denunziert und darob keiner Auseinandersetzung mehr für würdig erachtet. Stattdessen plädiert er für eine alternative politische Stadttheorie, die, wie Aureli schreibt, „auf der Architektur der Stadt als dem relevantesten und präzisesten Instrument für die Analyse und den Entwurf der Stadt“ basiert.

Dadurch gelingt es Rossi, Architektur und Stadt zu immunisieren gegen den „stetigen Wandel, den das kapitalistische System mit sich bringt“ (Aureli). Bis zur Berlinischen Architektur der 2000er-Jahre hat diese Strategie ihr Unwesen getrieben. Erst einer jüngeren Generation gelingt es heute, die Rossi'sche Immunisierungsstrategie zu durchbrechen und damit den Forderungen von Reinhold Martin, das dissidente Projekt der Moderne wieder aufzugreifen, zu entsprechen. In diesem Sinne müssen wir die erste Jahresfrage von *projekt bauhaus* präzisieren: Statt zu fragen, ob Gestaltung Gesellschaft verändern kann, müssen wir nach dem Wie, nach der Richtung der Veränderung fragen. Nur so können wir Gestaltung wieder als politisches Projekt ins Werk setzen.